Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 124. **Donnerstag, den 17. Oktober 1929.** **32. Jahrg.**

Hindenburg und der Young-Plan

Reichspräsident und Volksbegehren.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Der Reichspräsident hat soeben an den Reichskanzler das nachstehende Schreiben gelangen lassen:

„Der Reichspräsident. Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Mit steigendem Befremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampfe um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Plans in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Plans festgelegt hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anlaß dazu gegeben hätte, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekanntzugeben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir meine endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem diese bedeutsame Frage zur Erledigung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verkündung oder eine Aussetzung der Verkündung verfassungsmäßig zustande gekommener Gesetzesbeschlüsse an mich herantritt. Und hieran halte ich nach wie vor fest.

Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Vorstehende den am Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener

Unterschrift: von Hindenburg."

Amtlich wird der Veröffentlichung dieses Schreibens hinzugefügt: Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren", die Person des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsche nunmehr dem Meinungsstreit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.

Die Bestimmungen der Reichsverfassung.

Die in dem Schreiben des Reichspräsidenten erwähnten Artikel der Reichsverfassung beschäftigen sich mit der Inkraftsetzung von Gesetzen.

Artikel 70 besagt:

Der Reichspräsident hat die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

Artikel 72 bestimmt:

Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden.

In Artikel 73 heißt es:

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist.

Über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen.

Der Kampf um den Young-Plan.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, hat einen Aufruf an die Mitglieder und Wähler der Deutschnationalen Volkspartei erlassen, in dem er die Kundgebungen der Reichsregierung zum Volksbegehren kritisiert und zur Einzeichnung in die Listen für das Begehren auffordert. Dr. Hugenberg sagt in seinem Aufruf: „Deutschland soll die Unterschrift unter einen neuen Vertrag geben, von dessen Unerfüllbarkeit und Untragbarkeit jeder Deutsche überzeugt ist. Eine solche Unterschrift ist nicht nur unehrlich, sondern auch töricht und gefährlich, weil sie Deutschland neuen Sanktionen aussetzt. Das deutsche Volksbegehren soll den Tributplan verhindern und das deutsche Volk vor seinen Gefahren bewahren. Geht mit dem Mut der Überzeugung und mit dem Vertrauen auf eine gerechte Sache in den Kampf! Wer in den nächsten Wochen versagt, macht sich mitschuldig an der weiteren Versklavung seines Volkes und kann vor den kommenden Geschlechtern nicht bestehen."

Der Vorsitzende der Pommerschen Kriegervereine erläßt eine Veröffentlichung, die besagt, der Kyffhäuserbund und die Kriegervereine setzten den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge mit allem Nachdruck fort. Kein Angehöriger der Kriegervereine dürfe fehlen, wenn es heiße, sich in die Liste für das Volksbegehren in der Zeit vom 16. bis 29. Oktober einzutragen.

Der angekündigte Aufruf gegen das Volksbegehren ist nunmehr herausgekommen. Er stellt sich zwar nicht als eine direkte Kundgebung der Reichsregierung dar, doch ist er von sämtlichen Reichsministern, dem preußischen Ministerpräsidenten und zahlreichen leitenden Regierungsspitzen unterzeichnet. Aus der langen Liste seien u. a. genannt Reichsbankpräsident Dr. Schacht, die Oberbürgermeister von Frankfurt a. d. O., Dresden, Essen, Köln, Dr. Drews, Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, die Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen und des Deutschen Beamtenbundes, D. Dr. von Harnack, Gerhart Hauptmann, D. Dr. Kahl, der bekannte volksparteiliche Führer und Abgeordnete, Adolf Damaschke sowie zahlreiche andere im politischen und wissenschaftlichen Leben stehende Persönlichkeiten.

Der Wortlaut des Aufrufs beschäftigt sich zunächst mit dem seit zehn Jahren dauernden Kampfe des deutschen Volkes gegen die Lasten des Vertrages von Versailles. Der Zeit der Gewaltanwendung sei jetzt diejenige der Unterhandlungen und der Verständigung gefolgt. Nur auf diesem Wege könne das Ziel der Befreiung Deutschlands erreicht werden. Die Befreiung des Rheinlandes sei im Gange, die Reparationen würden herabgesetzt. Auch die Besprechungen über das Saargebiet gestalteten sich erfolgreich. Durch das Volksbegehren solle diese Entwicklung abgeschnitten werden. Ein derartiger Plan sei keine ernsthafte, verantwortungsvolle Politik. Kein vernünftig denkender Deutscher könne ein solches Vorhaben fördern. Das ganze Volksbegehren sei auf einer offenkundigen Unehrlichkeit aufgebaut. Das deutsche Volk habe jetzt zwischen Vernunft und Unsinn zu wählen. Wer das Volksbegehren unterschreibe, fördere die Zerfetzung und Versklavung des deutschen Volkes.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Ludwig Kaas, und der Erste Vorsitzende der Landesvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei, Fritz Scheffer, veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, nach der die beiden Parteien in dem Volksbegehren einen verhängnisvollen Schritt sehen zur weiteren Zerreißung des deutschen Volkes im Innern und eine verurteilenswerte Ausnutzung des deutschen Freiheitswillens für die Zwecke einseitiger Parteiagitation.

Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, läßt eine Kundgebung bekanntgeben, in der im Namen der deutschen Bischöfe ernsteste Bedenken gegen das Volksbegehren erhoben werden. Seine Annahme würde die Bemühungen der Reichs- und der Staatsregierung zur Verständigung mit den Siegerstaaten des Weltkrieges in verhängnisvoller Weise durchkreuzen und die jahrelangen Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes schwer gefährden. Da es sich nicht um eine parteipolitische Angelegenheit allein, sondern um eine allgemein-vaterländische handele, werde dem Klerus ab beinegegeben, in außenkirchlicher Weise dahin zu wirken, daß die Diözesanen diesem Volksbegehren fernbleiben.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er darum bittet, seine Person aus dem Kampfe um den Young-Plan auszuschalten.
* Der Preußische Landtag beschäftigte sich mit dem Verbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen, wobei es zu stürmischen Szenen kam.
* Das Steigen der Arbeitslosigkeit hat sich in der letzten Berichtswoche leicht verstärkt.
* Auf seiner Balkanfahrt ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" in Belgrad, Sofia und Bukarest herzlich begrüßt worden.

Schleppende Verhandlungen.

Da hat man im Jahre 1924, als die Verhältnisse weit, weit schwieriger lagen, denn doch an der Schaffung und Beschlußfassung des Dawes-Plans beträchtlich schneller gearbeitet, als das jetzt mit dem Young-Plan geschieht! Die unter schwersten Kämpfen mühsam sich hinschleppende Konferenz vom Haag, wo man wochenlang zusammenfaß, hat auch eine Reihe von Kommissionen mit der Bearbeitung bestimmter Probleme, mit der Organisation bestimmter Einrichtungen betraut, deren Erledigung im Young-Plan vorgesehen ist und die nun bis zu einer baldigst stattfindenden Schlußkonferenz fertiggestellt werden sollten. Nun sind seit der Haager Konferenz schon wieder viele Wochen vergangen, die sechs Kommissionen in Baden-Baden, Paris, Berlin arbeiten und „arbeiten" —, aber man weiß nicht, wann sie mit dieser Arbeit fertig werden. Etwas flotter geht es vielleicht gerade bei jener Kommission, die in Baden-Baden mit dem schwierigsten Problem beschäftigt ist, mit dem der Internationalen Bank. Es mag daran liegen, daß hier nur Wirtschaftler und Finanzleute beraten, die rasches, straffes, zielbewußtes Konferenzarbeiten gewöhnt sind und ohne viele Umwege vorwärtskommen —, bei den andern sprechen allzu viele politische Gegensätzlichkeiten mit. Da hat nun der belgische Ministerpräsident Jaspar, angeblich auf deutsche, von Frankreich unterstützte Anregung hin, als Vorsitzender der Haager Konferenz den Kommissionen sagen lassen, sie möchten gefälligst ihre Arbeiten derart beschleunigen, daß sie bis zum 24. Oktober damit fertig sind, damit dann endlich die Schlußkonferenz stattfinden kann. Ob Jaspar mit dieser Mahnung allerdings Gehör finden wird, ist eine zweite Frage, die höchstwahrscheinlich mit Nein beantwortet werden muß. In Paris jedenfalls scheint man damit zu rechnen, daß noch ein weiterer Monat ins Land geht, bis die Kommissionen zu einheitlichen Beschlüssen gekommen sind und der Schlußpunkt gemacht werden kann — wenigstens im Haag.

Denn dann spielt sich ja erst der eigentliche Schlußakt, besser gesagt die Reihe der Schlußakte, ab, nämlich der Kampf um die Ratifikation des Planes in den Parlamenten der einzelnen an ihm beteiligten Länder. Man weiß ja hinsichtlich ganz besonders wichtiger Punkte des Young-Planes noch heute nicht genau, wie sie aussehen werden, weil sie eben noch tief in der Kommissionsbearbeitung stecken und dort — die Herren nicht sehr redselig sind. Und es sind nicht bloß mit die wichtigsten, sondern auch recht kitzlige Fragen. So die besonders umstrittene der Liquidationen deutschen Eigentums im Ausland, namentlich in England und in Polen. Ähnliche Differenzen schweben zwischen Österreich, Ungarn, bzw. Bulgarien und den entsprechenden „Nachfolge"staaten Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Rumänien auf der anderen Seite. Auch in der Kommission, die die Frage der Sachlieferungen neuzuregeln hat, scheint man schwer vorwärtszukommen. Besser geht's in Berlin, wo allerdings auch die nur deutsche Verhältnisse berührenden Abänderungen der bisherigen Reichsbahn- und der Reichsbankgesetze behandelt werden. In Baden-Baden aber scheint man sogar ziemlich fertig zu sein mit der Schaffung des Statuts für die Internationale Bank, bloß über den Sitz ist man sich noch nicht einig.

Ministerpräsident Jaspar wird also wohl nicht viel Glück haben und die Pessimisten, die als Termin für die Haager Schlußkonferenz frühestens den Anfang Dezember angaben, werden sich kaum irren. Dann wird wohl auch erst im Januar der Entscheidungskampf im Deutschen Reichstag ausgefochten werden, weil ja auch erst wieder nach jener Haager Schlußkonferenz die entsprechenden Gesetze geschaffen werden müssen, die der Durchführung des Young-Planes dienen — wenn er in Deutschland wirklich alle Klippen umschifft.

Der französ. Ministerrat zu den Young-Verhandlungen.

Die Einladung zur Seeabrüstungskonferenz angenommen.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik fand in Paris ein Ministerrat statt. Außenminister Briand hat über die Seeabrüstungskonferenz gesprochen, die im Januar in London zusammentreten soll. Der Ministerrat beschloß, die Einladung zur Teilnahme anzunehmen. Der Ministerrat hat sich alsdann mit dem Wiederbeginn der parlamentarischen Session beschäftigt. Was die Interpellationen über die allgemeine Politik über den Young-Plan und über die Abkommen vom Haag anbetrifft, wird die Regierung den Antrag stellen, die Beratung bis zu der Debatte zu vertagen, die Anfang November über die Ratifizierung dieser Abkommen beginnen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0001

Der Preußische Landtag hat begonnen.

(100. Sitzung.) tt. Berlin, 15. Oktober.

Präsident Bartels gedachte zu Beginn der Sitzung des Ablebens Dr. Stresemanns und teilte mit, daß für den Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning, der auf sein Landtagsmandat verzichtet habe, ein Vertreter aus dem Saargebiet, der Abg. Hillebrandt, in den Landtag eingetreten sei. Ein von den Deutschnationalen eingebrachter Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung kann nicht sofort besprochen werden, da die Sozialdemokraten Widerspruch erheben. Der Gesetzentwurf, der die Ersetzung der Beamten der Preußischen Staatsbank durch Angestellte und die Einführung moderner kaufmännischer Grundsätze bezweckt, wird durch Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff begründet. Die Redner der Parteien äußerten gegen den Entwurf Bedenken.

Das Gesetz über die Staatsbank wurde schließlich dem Hauptausschuß überwiesen.

Darauf folgt die Beratung zweier kommunistischer Anträge, in denen ausgeführt wird, aus den Schuld- und Pfandbriefprotokollen der früheren Grafschaften vom Hessenstein seien etwa 2000 Blätter gewaltsam entfernt worden. Das Staatsministerium wird ersucht, gegen den Grafen von Hessenstein wegen des Verschwindens dieser Blätter Strafverfahren einzuleiten. Weiter solle die Schleswig-Holsteinische Höfebank veranlaßt werden, von dem Kaufvertrag zurückzutreten, mit dem sie das Eigentum Hessensteiner Bauern zu Unrecht erworben hätten. Nach der Erklärung des Justizministeriums, daß eingehende Ermittlungen eingeleitet seien, gehen die Anträge an den Rechtsausschuß.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 12 Uhr.

Ministerpräsident Braun zum Volksbegehren.

Der preußische Ministerpräsident Braun hielt im Rundfunk eine Rede zum Volksbegehren, in der er u. a. folgendes ausführte: „Der Young-Plan legt uns schwere Opfer auf, aber er ist gegenüber dem bisher geltenden Zustand das kleinere Übel und entlastet uns bedeutend. Seine Annahme befreit das deutsche Rheinland von der fremden Militärbesetzung, nimmt von seinen Menschen einen ungeheuren seelischen Druck und ermöglicht es dem alten rheinischen Lande wieder, seine ganze Arbeit in den Dienst Deutschlands zu stellen, und dadurch unsere Wirtschaftskraft und unsere kulturelle Aufbauarbeit weiter zu stärken. Die Annahme des Volksbegehrens würde das mühsam gewonnene Vertrauen unserer Vertragsgegner in offenes Mißtrauen und schärfste Feindseligkeit wandeln, die schon abzugsbereiten 50 000 Mann fremder Truppen wieder umschwenken lassen und von neuem sich mit aller Wucht und Last auf das in all seinen Erwartungen getäuschte Rheinland werfen lassen.

Wer in dieser staatspolitischen Frage nur ebensoviel Überlegung und Verantwortung aufbringen will, wie wenn es sich um seine eigenen Privatsachen handele, wer sich um das deutsche Schicksal sorgt, sich für die deutsche Zukunft mitverantwortlich fühlt, wer verneiden will, daß wir in schreckliche Zustände, ähnlich der Inflationszeit nach der Ruhrbesetzung wieder hineingeireiben werden, der höre auf die Parole der Reichs- und der preußischen Staatsregierung — die auch die Parole aller nüchtern und vernünftig denkenden, ihrer Verantwortung als Staatsbürger bewußten Deutschen ist. Sie lautet und kann nur lauten: Gegen das unsinnige volksfeindliche und verderbliche Volksbegehren! Niemand zeichne sich in die Listen ein!"

Young-Plan und Stahlhelm.

Große Aussprache im Preußenparlament.

Berlin, 16. Oktober.

Selbst ein Übermaß an Vertrauensseligkeit hätte nicht erwarten dürfen, in den Tagen des Ansturmes gegen den Young-Plan, des Volksbegehrens und der Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Stahlhelms wäre die rednerische Auseinandersetzung über alle diese Dinge ein sanftes Säuseln geblieben; auch nicht im Preußenparlament, in dem der Young-Plan tatsächlich zum ersten Male in einem deutschen Volksvertreterhause zur Sprache kam. Zuerst schien es noch glimpflich abzulaufen. Der die Anträge der Rechten gegen Regierung, gegen Stahlhelmverbot, gegen Enthaltungspflichten der Beamten in bezug auf das Volksbegehren begründende Redner der Deutschnationalen, Abg. Bäcker, konnte noch bei ziemlicher Ruhe Einwendungen seiner Partei vorbringen. Als aber der preußische Ministerpräsident Braun in Verteidigung seiner Rundfunkrede vom Tage vorher auf die Beschwerden der Deutschnationalen antwortete, im Rundfunk hätte er sich an den gesunden Menschenverstand gewandt, hier habe er es leider mit ihnen zu tun, brach der Sturm los. Die Erbitterung stieg trotz aller Bemühungen und aller Ordnungsrufe des Vizepräsidenten v. Kries bis zu beängstigender Höhe bei den weiteren Ausführungen Brauns, der mit erhobener Stimme in den Saal die Beteuerung warf, beim Verbot für Beamte, sich am Volksbegehren zu beteiligen, werde es sein Bewenden haben. Braun mußte am Schluß eine Flut von Pfuirufen einstecken.

Heftiger noch fast schäumten die Wogen empor, als Innenminister Grzesinski das Vorgehen gegen den Stahlhelm verteidigte und schließlich zwei weiße Tafeln herbeiholen ließ, auf denen schön geordnet eine Anzahl nach Angabe des Ministers bei Nationalsozialisten beschlagnahmter Waffen angeheftet war. Einige leibhaftige Korkzieher — wirkliche Korkzieher — befanden sich darunter. Als jemand darauf hinwies, schlugen die entfesselten Zornausbrüche in tosendes Gelächter um, das so intensiv wurde und so gewaltige Dimensionen annahm, daß darin die Sitzung ertrank. Sie mußte, obwohl die Mitte den beiden Ministern Händeklatschen und Beifall spendete, für längere Zeit unterbrochen werden, da sich auch die Kommunisten mit der rechten Seite zum Angriff auf ihren alten Gegner Grzesinski vereinigten.

Nach Wiedereröffnung kündigte Innenminister Grzesinski unentwegtes, rücksichtsloses Einschreiten gegen alle Verbände an, die den inneren oder den äußeren Frieden gefährdeten. Die Nervosität des Hauses hielt dabei in einem Maße an, daß Vizepräsident von Kries die sich am Getöse beteiligenden Volksboten nachdrücklichst ersuchte, doch besser draußen ihre Gefühle austoben zu lassen.

Diese väterliche Ermahnung fand wenig Beachtung. Es herrschte sichtlich das Bestreben, auch dem Fall Sklarek heute noch einige interessante Seiten abzugewinnen. Dieses Interesse ging so weit, daß ein Antrag des Nationalsozialisten Kube, den um diese Zeit nicht mehr anwesenden Ministerpräsidenten herbeizurufen, gegen die Regierungsparteien Annahme fand. Aber der Ministerpräsident kam nicht und nach einer Beschwichtigung des Innenministers Grzesinski, doch erst den Fortgang der Untersuchung abzuwarten, und nach einer längeren kommunistischen Rede ließ man es für diesmal genug sein.

io.

Sitzungsbericht.

(101. Sitzung.) tt. Berlin, 16. Oktober.

Zunächst werden einige kleinere Angelegenheiten erledigt. Ein deutschnationaler Antrag über den Bau der Erfurter Pädagogischen Akademie wird dem Hauptausschuß überwiesen. Ein volksparteilicher Urantrag, betreffend Änderungen der Landgemeindeordnung, wird nach kurzer Aussprache von der Tagesordnung abgesetzt.

Nunmehr beginnt die gemeinsame Beratung der

fünf vorliegenden deutschnationalen Uranträge.

In einem dieser Anträge wird die Staatsregierung ersucht, im Reichsrat gegen den Young-Plan zu stimmen. Nach dem zweiten Antrag soll die Staatsregierung die sofortige Rückkehr des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böß aus Amerika veranlassen. Der dritte Antrag verlangt die Aufhebung der für Rheinland-Westfalen ausgesprochenen Stahlhelmverbote. Ein weiterer Antrag fordert eine Erklärung des Staatsministeriums, daß jeder Beamte das Recht habe, am Volksbegehren und am Volksentscheid gegen den Young-Plan sich zu beteiligen. Mit der Beratung verbunden wird der von den Deutschnationalen gegen das Gesamtkabinett eingebrachte Mißtrauensantrag, der mit dem Stahlhelmverbot begründet wird.

Gründe gegen den Young-Plan.

Abg. **Bäcker** (Dtn.) begründet in einer längeren Rede sämtliche deutschnationalen Anträge. Er wendet sich zunächst gegen die Rundfunkrede des Ministerpräsidenten Braun, bei der dieser wohlweislich nicht auf den sachlichen Inhalt des Young-Planes eingegangen sei. Der Young-Plan, wie er jetzt vorliege, überschreite das erste Angebot der deutschen Sachverständigen um 600 Millionen Mark jährlich und diese Belastung erstrecke sich nicht nur auf eine, sondern auf zwei Generationen. Selten sei das deutsche Volk von seiner Regierung so unzulänglich und falsch unterrichtet worden wie jetzt. Bei richtiger Berechnung ergebe sich, daß der Young-Plan dem Dawes-Plan gegenüber nicht das kleinere Übel darstelle, sondern daß er auf die Dauer das deutsche Volk schwerer belaste als der Dawes-Plan. Früher habe der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Hilferding den Transferschutz der deutschen Währung als den wertvollsten Teil des Dawes-Planes bezeichnet. Jetzt sei diese Sicherung durch den Young-Plan beseitigt. Die Männer des Volksbegehrens betrachten es als ihre vaterländische Pflicht, ein deutsches „Nein" zu diesem Young-Plan zu verhindern. Die Deutschnationalen freuen sich natürlich über den Wegfall der Kontrollen und darüber, daß die Räumung der dritten Besetzungszone in Aussicht steht. Aber sie könnten eine Politik nicht mitmachen, die in wenigen Monaten das Gegenteil von dem vertritt, was sie früher verkündet hat. Von ihren anfänglichen Bedingungen haben die deutsche Kommission nichts im Haag durchgesetzt. Wenn ein Teil der Deutschnationalen seinerzeit dem Dawes-Plan zugestimmt habe, so geschah das in der Erwartung, daß die deutsche Politik nun so geführt werden würde, daß bald der Augenblick eintrete, in dem zu einer Revision des Dawes-Planes Deutschland wirtschaftlich gerüstet dastände. Die deutsche Politik sei aber andauernd einen entgegengesetzten Weg gegangen. Eine Dawes-Krise würde jetzt nicht mehr erleichternde Wirkungen für die deutsche Wirtschaft haben, aber die Krise, die vom Young-Plan zu erwarten sei, sei noch schlimmer.

Der Redner bezeichnet die Bedrohung der Beamten, die sich am Volksbegehren beteiligen, als Bruch der Verfassung und des geltenden Beamtengesetzes. Wir werden, so schließt er, alle Kraft daransetzen, die Verwirklichung des Young-Planes zu verhindern. Deshalb treten wir trotz Meinungsverschiedenheiten im einzelnen geschlossen hinter das Volksbegehren. (Beifall rechts und Zischen links.)

Ministerpräsident Braun

erklärt in seinen ersten Sätzen, er wolle sich nicht mit dem Vorredner über die Einzelheiten des Young-Planes auseinandersetzen (Unruhe rechts). Dazu sei hier weder der geeignete Ort noch der geeignete Zeitpunkt. Wenn der Abgeordnete Bäcker betont hätte, er, Braun, habe den ehemaligen Kriegsgegnern mit seiner Rundfunkrede Waffen in die Hand geliefert, so schütze er diese Gegner als politisch ebenso kindisch und dumm ein wie die Anhänger des Volksbegehrens.

Zu dem Antrag, der die Stellung der Beamten beim Volksbegehren betrifft, will der Minister klar und eindeutig erklären: Man wolle die Minister, die den Young-Plan abschließen, wegen Landesverrats ins Zuchthaus bringen. Man stelle damit der denkbar schwersten und infamsten Angriff dar, der überhaupt gegen eine Regierung geführt werden könne. Ein Beamter, der sich daran beteiligt, begeht unzweifelhaft einen Verstoß gegen seine Beamtenpflichten. Diesen Standpunkt nehmen auch die großen Beamtenverbände ein, was für den gesunden Sinn, der in der Beamtenschaft herrscht, lebhaft spricht. Wir hegen die bestimmte Erwartung, daß sich jeder Staatsbeamte in vollem Bewußtsein seiner Pflichten, die er dem Staate gegenüber hat, darüber klar sein wird, daß ein Eintreten für das Volksbegehren, gleichwie in welcher Form, mit den Beamtenpflichten nicht vereinbar ist. (Beifall bei den Regierungsparteien; große Unruhe und scharfe Zurufe von rechts.)

Preußischer Innenminister Grzesinski

ging dann im einzelnen auf die Gründe ein, die zum Verbot des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen geführt hätten. Es sei festgestellt, daß bei den sogenannten Geländespielen, die den Anlaß des Verbots bildeten, es sich um ein militärisches Manöver nach neuesten militärischen Grundsätzen gehandelt habe. Die aus diesen und anderen Vorgängen deutlich hervorgehende militärische Betätigung des Stahlhelms Rheinland und Westfalen wird in einem Schreiben des Landesführers Mahnken an einen früheren Offizier, der zu den Übungen eingeladen war, ohne Scheu ausgesprochen. Es wird darin gesagt, unbedingt sei es notwendig für den Stahlhelm, die Herrschaft des früheren Heeres anzustreben. Angesichts dieser Tatsache waren durchgreifende Gegenmaßnahmen unbedingt geboten. Das Volksbegehren ist amtlich zugelassen und wird selbstverständlich ohne Behinderung verfassungsmäßig durchgeführt. Unwahr ist es, daß den Polizeibeamten irgendeine Weisung in der Richtung gegeben worden sei, auch das Material für die Durchführung des Volksbegehrens zu beschlagnahmen.

An dieser Stelle der Ministerrede werden von Dienern zwei große Tafeln in den Saal gebracht und hinter dem Minister aufgestellt. Auf den Tafeln ist eine Anzahl von Waffen aller Art angeheftet. Diese Waffen sollen in nationalsozialistischen Versammlungen beschlagnahmt worden sein. Hier entstand eine derartige Unruhe, daß Vizepräsident von Kries mit seiner Glocke nicht mehr durchdringen konnte und die Sitzung für einige Zeit unterbrochen wurde.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Innenminister Grzesinski unter anhaltendem Lärm, er werde nach wie vor gegen jedes Treiben von Verbänden vorgehen, die den äußeren und inneren Frieden gefährdeten. — Abg. **Leinert** (Soz.) führte aus, es könne nicht geduldet werden, daß politische Organisationen ihre Mitglieder zu Verbrechern gegen die Republik erzögen.

Abg. **Steuer** (Dtn.) sagt, der wirkliche Grund für das Vorgehen gegen den Stahlhelm sei nicht in etwaigen Verfehlungen zu suchen, sondern in dem Bestreben, das Volksbegehren zu treffen. — Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) will nun anscheinend die Rede auf den

Fall Sklarek

bringen und beantragt die Herbeirufung des Ministerpräsidenten Braun, der inzwischen das Haus verlassen hat. — Der Antrag wurde mit den Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen, da die Bänke der Regierungsparteien nur sehr schwach besetzt sind. (Großes Hallo!)

Innenminister Grzesinski äußert sich zu dem Antrag auf Rückberufung des Oberbürgermeisters Böß aus Amerika. Er bezeichnet den Abg. Kube dabei als Provokateur in Person. Vizepräsident Dr. von Kries rügt diese Äußerung des Ministers. Der Minister führt aus, er beabsichtige, keine eingehenden Mitteilungen über den Fall Sklarek zu machen, um keine Beeinträchtigung des schwebenden Verfahrens zu ermöglichen. Der für die Staatsaufsicht verantwortliche Beamte, der Oberpräsident von Berlin, habe die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Er habe nach einer Rücksprache mit dem Magistrat von der Rückberufung des Oberbürgermeisters Abstand genommen.

Abg. **Kasper** (Komm.) wendet sich besonders gegen das System des Innenministers Grzesinski. Sein Vorgehen gegen den rheinisch-westfälischen Stahlhelm sei nur ein Scheinmanöver. In Pommern und in Ostpreußen, wo der Stahlhelm wirklich stark sei, hätte er nicht gewagt, etwas zu unternehmen. Als der Redner dem Innenminister zynische Frechheit vorwirft, wird er zur Ordnung gerufen.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf Donnerstag.

Die Balkanfahrt des Zeppelins.

Verhandlungen über die Polarfahrt.

Der Start für die Balkanfahrt des „Graf Zeppelin" fand am Dienstag abend um 20.30 Uhr statt. Dr. Eckener hat selbst die Führung übernommen. Die Fahrt wird etwa zweieinhalb Tage dauern und auf dem Rückweg über Schlesien führen. Bei planmäßigem Verlauf des Fluges hofft die Leitung, am Donnerstag Vormittag über Breslau zu sein.

Der Luftschiffbau Zeppelin gab Dienstag nachmittag den Fahrgästen den üblichen Abschiedstee, an dem auch Dr. Eckener teilnahm. Dieser erklärte dabei zum Besuch Schlesiens, daß es natürlich von der Wetterlage über Schlesien abhängen werde, ob das Luftschiff dorthin komme und lande. Den endgültigen Bescheid wird man von Bord aus an Breslau gelangen lassen. Die Rückkehr des Luftschiffes nach Friedrichshafen wird für Freitag früh erwartet.

Was die Frage der Polarfahrt des „Graf Zeppelin" und die Einstellung der Besatzung hierzu betrifft, so verlautet, daß einige Mitglieder der Aero-Arctic in Friedrichshafen eintrafen, um mit den Vertretern der Zeppelinwerft die durch das unerwartete Verhalten der Besatzung geschaffene Lage zu erörtern.

Die Balkanfahrt des „Graf Zeppelin".

Auf Nebel folgt Sonnenschein.

Der Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin" zur Balkanfahrt, der Dienstag abend erfolgte, gestaltete sich zu einem außergewöhnlichen Schauspiel angesichts des dichten Bodennebels, der über dem Bodensegebiet lagerte. Die Nebelschwaden waren so dicht, daß man kaum von einem Ende zum anderen Ende der geöffneten Luftschiffhalle sehen konnte. Auf dem Gelände gestattete der Nebel über eine Strecke von zehn Metern keine Sicht. Das Ausbringen des Luftschiffes ging aber trotz der schlechten Sichtverhältnisse ohne jede Schwierigkeit vonstatten. Auch der Aufstieg ging glatt vor sich. Das Luftschiff, von dem vom Boden aus in kurzer Entfernung nur die Positionslichter zu erkennen waren, verschwand bereits in wenigen Metern Höhe im Nebel, der bis etwa 150 Meter hinaufreichte. Bei mondheller Nacht wurde um 10.25 Uhr

München erreicht.

Als sich das Surren der Propeller immer stärker bemerkbar machte, öffneten sich überall die Fenster; die Leute eilten auf die Straßen und jubelten dem Luftschiff, das mit östlichem Kurs weiterfuhr, zu. Um 0.30 überflog der „Graf Zeppelin" die österreichische Stadt Wels. Die Fahrt ging dann donauabwärts. Um 1.35 Uhr passierte das Luftschiff St. Pölten und setzte seine Fahrt längs der Westbahnstrecke

über den Wiener Wald nach Wien

fort, das es in der Zeit von 2.05 bis 2.15 Uhr in knapp hundert Meter Höhe überflog. Bei dem schönen warmen, etwas dunstigen Nachtwetter mit immerhin ziemlich günstigen Sichtverhältnissen hatten sich viele tausend Menschen auf den Straßen, Häusern und freien Plätzen, besonders auf dem Stephansplatz in Erwartung des Luftschiffes eingefunden. Und weiter ging es nach Ungarn hinein. In Budapest erwartete bis in die frühen Morgenstunden hinein eine vieltausendköpfige Menschenmenge den Luftriesen. Aber er kam nicht. Erst beim Morgengrauen erfuhr man, daß er sich

in dem dichten Nebel,

der über West- und Nordungarn lag, verirrt hatte. Um 4.30 Uhr überflog „Graf Zeppelin" Stuhlweißenburg in Richtung Belgrad, wo er um 7.50 Uhr erschien und die alte Festung, das Zentrum der Stadt und den deutschen Heldenfriedhof überflog. Die Bevölkerung verfolgte das Schauspiel mit großer Begeisterung. In hohem Fluge, teilweise über den Wolken, wurde dann die prächtige Gebirgslandschaft zwischen Belgrad und Sofia überquert. Der Nebel war gewichen und

hell strahlte die Sonne.

Auch in Sofia wurde das Luftschiff mit lautem Jubel begrüßt. Als ein Postbeutel abgeworfen wurde, begannen auf einem Schulhof mehrere hundert Schüler einen Wettlauf, um ihn aufzufangen. Um 12 Uhr mittags war das Luftschiff über Bukarest.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Nicht nur in den Saisonbetrieben.

Das Steigen der Arbeitslosigkeit hat sich in der Woche vom 7. bis 12 Oktober leicht verstärkt. Eine geringe Entlastung trat nur noch in Brandenburg ein; sonst setzte sich nunmehr in allen Bezirken, in den landwirtschaftlichen früher als in den Vorjahren, die rückläufige Bewegung durch.

Das Nachlassen des Beschäftigungsgrades war vor allem in den Saisonbetrieben der Industrie der Steine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0002

und Erden und im Baugewerbe spürbar; auch in der Metallwirtschaft überwogen die Zugänge an Arbeitslosen; zudem erhöhte sich nach Quartalsschluß der Andrang der arbeitsuchenden Angestellten. In einigen Konsumgüterindustrien schritt der saisonmäßige Aufstieg der Beschäftigung fort; doch war er zu schwach, um die entgegengesetzten Bewegungen des Marktes auszugleichen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung dürfte auf 765 000 (am 30. September 748 610) gestiegen sein.

Aufsehenerregender Doppelselbstmord

Zwei Brüder erschießen sich.

In ihren Räumen in der neuen Fleisch-Großverkaufshalle in der Frankenberger Straße in Chemnitz haben sich die Inhaber der Häute- und Fellegroßhandlung Adolf Beck, Dr. Kurt und Simon Beck, erschossen. Gerüchte von einem Mord und einem Selbstmord bewahrheiteten sich nicht. Der etwa 42 Jahre alte Dr. Kurt Beck war sofort tot, sein Bruder Simon Beck wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht, starb aber gleich nach seiner Einlieferung.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	16. 10.	15. 10.		16. 10.	15. 10.
Weiz., märk.	234-235	232-233	Weizfl. f. Bln.	11,5-12,1	11,6-12,2
pommersch.	—	—	Roggfl. f. Bln.	10,0-10,5	10,2-10,7
Rogg., märk.	174-178	177-181	Raps	—	—
Braugerste	196-216	196-216	Leinsaat	—	—
Futtergerste	172-188	172-188	Viktoriaerbsen	35,0-42,0	35,0-42,0
Sommergerste	—	—	kl. Speiseerbs.	28,0-33,0	28,0-33,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	21,0-23,0	21,0-23,0
Hafer., märk.	170-180	170-180	Peluschken	—	—
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	—	—
Weizenmehl			Lupin., blaue	—	—
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	—	—
Brl. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	18,5-19,0	18,5-19,0
Mrk. ü. Not.	28,0-33,5	28,0-35,5	Leinkuchen	24,1-24,4	24,1-24,4
Roggenmehl			Trockenschtzl.	11,4-11,6	11,4-11,6
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,8-20,2	19,8-20,2
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	23,5-26,5	23,7-26,6	Kartoffelflck.	15,6-16,2	15,6-16,2

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Nachdem die Satzung der Wassergenossenschaft Mollgrabenniederung in Züllsdorf im Kreise Torgau auf Grund des § 270 Abs. 3 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Gesetz-Sammlung Seite 53) von dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Merseburg unterm 9. September ds. Js. genehmigt worden ist, berufe ich gemäß § 19 der Satzung die **erste Mitgliederversammlung** zur Wahl des Vorstandes und zwar

a) eines Vorstehers,

b) von 5 Beisitzern, von denen einer Stellvertreter des Vorstehers ist und

c) von 5 Stellvertretern für die Beisitzer zu b)

auf **Freitag, den 1. November ds. Js., vorm. 11 Uhr** nach dem Hotel **Waldschlößchen** zu **Annaburg,** zu der die Beteiligten hiermit geladen werden.

Auf den im Amtsblatt der Regierung zu Merseburg erscheinenden Auszug aus der Satzung wird hingewiesen.

Torgau, den 14. Oktober 1929.

Der Landrat. gez. Wehr.

Veröffentlicht! Annaburg, den 16. Oktober 1929.

Der Gemeindevorstand.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die am **15. Oktober 1929** fällig gewordene Hauszins-, Staats- und Gemeindegrundvermögenssteuer für den Monat **Oktober 1929** ist — soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gestundet ist — nunmehr **spätestens innerhalb der nächsten 3 Tage** an uns zu entrichten. Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. **Eine Versendung von Mahnzetteln erfolgt nicht.**

Annaburg, den 16. Oktober 1929.

Die Gemeindekasse.

Lokales und Provinzielles.

—* **Eintragungsberechtigt** für das Volksbegehren sind diejenigen Personen, die am Tage der Eintragung, (nicht bereits schon am 16. Oktober 1929) das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Jessen. Der Gesangverein Quartett hatte am Sonntag, den 13. Okt. einen Werbetag für das deutsche Lied im Schützenhause veranstaltet, der am Nachmittag und Abend recht gut besucht war und zu dem ein hervorragender Film aufgeführt wurde. Gesangsvorträge des Quartetts in den Pausen ernteten reichen Beifall. Der 1. Teil des Films zeigte Bilder vom Gausängerfest in Torgau, sowie vom Deutschen Sängerfest in Wien, wo in zahllosen Gruppen die einzelnen Gaue Deutschlands und der Auslandsdeutschen an den Augen der Besucher vorbeizogen. Die prächtige Auflassung des ganzen Festes, die Freude der Teilnehmer wirkten von der Leinwand auf die Zuschauer und wohl selten ist ein schöneres Bild entwickelt und vorgeführt worden. Der zweite Teil des Films stellte das deutsche Lied, begleitet von Musik, Solo- und Chorgesang dar. Was hier an Bildern geboten wurde, begleitet mit den dazu passenden deutschen Volksweisen, fesselte, und es wird behauptet, daß diese Vorführung ein Genuß für Alt und Jung war. Erinnerten sie doch meist an die schönen trauten Jugendjahre, an die schönste Zeit des Menschenlebens. So recht lebendig wirkte es auf alle, die gekommen waren, dem Deutschen Lied zu huldigen. Mit dieser Darstellung und Veranstaltung hat der Gesangverein Quartett einen vollen Erfolg gehabt, denn durch den Film wurde das Deutsche Volkslied so recht lebendig, so wie es in jungen Jahren herzhaft von den Kinderlippen schwoll. Zum Schluß kann man auch sagen, daß es in der Tat ein Blütenkranz auserlesener deutscher Lieder war, so recht geeignet, deutschen Geist und Frohsinn zu zeigen.

Axien, 15. Oktober. Der Fährmeister Pannier zog am Sonntag eine weibliche Leiche aus der Elbe an Land. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich um die 32 Jahre alte Alice Richter aus Torgau, die am Sonntag, den 6. Oktober, bei Torgau den Freitod in der Elbe suchte.

Pretzsch. Ein Malerlehrling, der in Bad Schmiedeberg lernt und seine freie Zeit mit dem Schießsport verbrachte, hatte das Mißgeschick, daß ein Geschoß seines Luftgewehres eine teure Schaufensterscheibe durchschlug. In seiner Furcht vor Strafe entfloh der Knabe aus der Lehre und trieb sich drei Tage und drei Nächte im Freien umher, bis er am Mittwoch in der Nähe des hiesigen Diebertsteiches aufgefunden und den besorgten Eltern zugeführt werden konnte.

Wartenburg, 14. Oktober. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum 14. Oktober wurden aus der hiesigen Dampfmolkerei durch Einbruch 150 Pfund Butter gestohlen. Die Butter ist halbpfundweise in weißem Papier mit der Aufschrift Dampfmolkerei Wartenburg verpackt.

Elsterwerda, 14. Oktober. Durch einen gemeinen Diebstahl schwer geschädigt wurde ein kleiner Besitzer in Kahla. Zur Nachtzeit brachen Diebe in seinen Schweinestall ein und schlachteten hier eine 3½ Zentner schwere tragende Sau ab. Die Einbrecher nahmen alles Fleisch mit und ließen nur die Eingeweide zurück. Für den Besitzer ist der Verlust bei der heutigen Wirtschaftslage der bäuerlichen Betriebe sehr empfindlich.

Wolfen, 15. Oktober. Im Jeßnitzer Wald wurde von Spaziergängern in einer Schutzhütte ein Erhängter aufgefunden. Der Selbstmörder hatte in seinen Papieren den Todestag selbst eingetragen und zwar den 11. Oktober.

Riesa. (Die Mutter und zwei Kinder gasvergiftet.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat die Ehefrau des Eisenwerksarbeiters Albin Schemmel, hier, Altmarkt 4 wohnhaft, ihre beiden Kinder im Alter von 10 bezw. 13 Jahren und sich selbst durch Gas vergiftet. Die Leichen wurden am Sonntag vormittag nach der Friedhofshalle gebracht. Als Grund zu dieser Verzweiflungstat wird überkommene Schwermut und Krankheit angenommen.

Quedlinburg. (Der unrentable Ackerbau.) Nachdem erst vor kurzem eine Verpachtung des Stecklenburger Ritterguts bei Reinstedt mißglückt war, erlitt die Verpachtung der im Bezirk Stecklenburg (Quedlinburg) gelegenen Ländereien, zusammen ein Komplex von ca. 100 Morgen, dasselbe Schicksal. Trotzdem es sich hier um besten Boden des genannten Ritterguts handelte, wurden von den zahlreich erschienenen Reflektanten so niedrige Pachtangebote abgegeben, daß ein Zuschlag nicht erteilt werden konnte. Im Durchschnitt wurden nur 20 Mk. je Morgen geboten, wozu dann noch ein Steuerzuschlag in Höhe von 20 Proz. gekommen wäre. Was nun mit dem Rittergut geschehen soll, ist noch völlig unklar.

Kino-Schau.

Lichtspielhaus (Neue Welt). Endlose Scharen Verzweifelter ziehen durch die Schneewüste Sibiriens, einem trostlosen Schicksal entgegen. Kinder, Frauen, Männer und Greise stöhnen unter den Knutenhieben entmenschter Kosaken, und rücksichtslos werden sie, die Peitsche im Rücken, den Tod vor Augen, der Hölle ihres Bestimmungsortes entgegengetrieben. Der große Hegewald-Film „Die Verbannten", der ab morgen Freitag in obigem Theater anläuft, zeigt den Zug der Unglücklichsten und ihre Schicksale in Sibirien, dem Lande ohne Hoffnung. Eine packend wuchtige Handlung aus dem Rußland der Vorkriegszeit. Neben einem reichhaltigen bunten Teil und die gute musikalische Illustration des verstärkten M. Rohr'schen Orchesters kann ein Besuch dieser Vorführungen nur angelegentlichst empfohlen werden.

Diese Woche — außergewöhnliches Progamm im Palast-Theater. Der köstlichste Film der Saison, wir unternehmen damit einen wahren Sturmangriff auf ihre Lachmuskeln. „Heut war ich bei der Frieda", 6 ganz pikante Situationen voll frischfröhlichen Humors. Das lustigste Ensemble, das sich jemals im Film beisammen fand, gibt diesem großen Lachschlager den richtigen Schwung. Dieser ausgezeichnete Lustspielfilm von Wein, Weib und Musik hat soviel Komik und Humor, um das Publikum von der ersten bis zur letzten Szene in einer Gemütlichkeit und schallender Heiterkeit durchsetzten fröhlichen Stimmung zu halten. Als zweiten Schlager sehen wir den ernsten Film: „Steh' ich in finstrer Mitternacht". — Sonntag 3 Uhr die beliebte Familienvorstellung.

Hausfrauen! Eine günstige Einkaufsgelegenheit ist der „Große 95 Pfg.-Verkauf", der von morgen (Freitag) früh 8 Uhr bei Richard Grenzig, Hinterstraße 12, stattfindet. Nur wenige Tage sind es, an denen Sie für wenig Geld recht viel Ware einkaufen können. Beachten Sie bitte die heutige Zeitungsbeilage.

Freitag, den 18. Oktbr., abends 8 Uhr: Versammlung der jungen Mädchen im Jugendheim.

Suche
größ. Wohnung
oder Grundstück
zu **pachten.** Angebote unter **L. S.** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Ein Wurf
Ferkel
steht zum Verkauf
Niederestraße 23.

Für alle Fälle!
1 Fuhre trockene
Ofenlängen
frei Haus empfiehlt
Wilhelm Kunze.

Sigella Edel-Mop
Mop-Politur lose und in Flaschen sowie
Sigella Bohnerwachs
lose und in Dosen empfiehlt
Arthur Hönemann
Markt 19.

Kaiser-Borax
für Toilette und Haushalt in Paketen zu **25 u. 50** Pf. zu haben bei
J. G. Fritzsche.

Habe ständig am Lager:
Ia. Portland-Zement
Weißstücken-Kalk (eingesumpft)
Gips • Rohrgewebe • Gipsdielen
Nordische Hobeldielen u. Rauhspund.
Telephon 264. **Otto Schröter,**
Maurer- u. Zimmermeister.

Eingang von
Winterwaren!
Unterhosen
Schlüpfer
Hemdhosen
Unterröcke
Barchendhemden
weiß und bunt
Pullower
Strickkleider
Strickjacken
Strümpfe in jeder Qualität und Größe vorhanden.
Oswin Hofmann.

Ia russ. Maschinen- und Motorenöl
Centrifugenöl
Fischtran
Fußbödenöl
Rüböl für Laternen und Nachtlichte
Gilgs Lederöl
in 1 und ½ Literflaschen
Leder- u. Stauferfett
Ia Dreikronen-Wagenfett in 1 und 2 Pfd.-Dosen sowie lose empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Gesundheits-Tabak
„Goldfarb"
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0003

Wer sich über die Unmöglichkeit, den Youngplan zu erfüllen, belehren lassen will, erscheine heute abend zum Vortrag des Herrn Dr. Schiele im „Waldschlößchen".

Jeder ist sich und seinen Kindern gegenüber dazu verpflichtet. Dann müssen auch

Alle ihre Stimme für das deutsche Volksbegehren abgeben. Wir wollen unsern wehrlosen Kindern und Enkeln Leben, Freiheit und Ehre retten.

Bruchleidende

Jetzt wird Ihnen geholfen unter Garantie in den schwersten Fällen durch das

Opel-Bruchband ohne Feder

Nabel-, Vorfall- u. Leibbinden jeder Art
seit kurzer Zeit über 31 000 mit
— bestem Erfolg in Gebrauch —

Herr **M.** in **Annaburg** schreibt: Meinen schweren Hoden-Bruch in 4 Monaten durch Ihr Bruchband geheilt. Kommen Sie bitte zu mir, ich zeige Ihnen meine Muster umsonst ohne jede Verbindlichkeit für Sie in
Annaburg: Freitag, den 18. Oktober, morgens von 8—1 Uhr, **Hotel Waldschlößchen;**
Prettin: Freitag, den 18. Oktober, mittags von 2 bis 6 Uhr, **Gasthof Schwarzer Adler.**

Willy Faiß, Bandagenspezialist,
Görlitz, Elisabethstraße 3.

Lichtspielhaus
(Neue Welt)

Freitag, Sonnabend und Sonntag 8½ Uhr:
Ein Dokument menschlicher Grausamkeit!
54 300 unglückliche Menschen wurden jährlich nach Sibirien geschickt! 54 300
Der große Hegewald-Film:

Die Verbannten

zeigt eines der traurigsten Kapitel der russischen Gewaltherrschaft aus der Vorkriegszeit, die qualvollen Leiden der nach Sibirien Verbannten, ihren Leidenszug und Schicksale im Lande der Finsternis.

7 große Akte von kaum gesehener Wucht u. Darstellung.
Verstärktes Orchester.

Hierzu das bekannt gute Beiprogramm.

Voranzeige! Der sensationelle Erfolg: Voranzeige!
„Der Leutnant Ihrer Majestät".

Palast-Theater

Freitag—Sonntag — Beginn: 20.30 Uhr:

Das beste Film-Lustspiel des Jahres:

„Heut war ich bei der Frieda!"

Wir haben es gewußt:
Die Mädchen brennen vor Neugierde —
Die Frauen flüstern —
Die Männer lächeln geheimnisvoll . . .
Jeder kennt den Schlager von der „Frieda", jeder muß den Film sehen, der den Frauen zeigt, wie es gemacht wird und die Männer zur größten Vorsicht ermahnt . . Ein glänzendes, zündendes Lustspiel in 6 Akten, allererste Besetzung. Beachten Sie die schneidige musikalische Untermalung mit modernen Schlagern. Außerdem:

„Steh' ich in finstrer Mitternacht".

Ein Schicksalsspiel im bunten Rock in 7 Akten.
Glänzende Besetzung. — Hinreißendes Spiel.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Große Familien- und Kinder-Vorstellung.
Steh' ich in finstrer Mitternacht und **2 Lustspiele.**

Gummischläuche

zum Weinabzug empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Drahtgeflechte für alle Zwecke

Drahtzäune, Türen und Torwege, Spalier- u. Gehege-Draht, schwarz u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken, Drahtstifte und Ketten.

Einkoch-Apparate und Gläser,
eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne und **emaillierte Eimer** und **Töpfe.**

Wilhelm Grahl.

Annaburger Landwehr-Verein.

Sonnabend, den 19. d. Mts. 20 Uhr

geschlossenes Vereins-Kränzchen

im **Waldschlößchen.**

Die Mitglieder und ihre Kinder, soweit letztere keine eigene Haushaltung haben, sind hierzu herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Frauen-Verein Frauenhilfe.

Die Zusammenkunft findet erst **morgen Freitag** statt. **Der Vorstand.**

Bund Königin Luise

Donnerstag, den 17. Okt. abends 8 Uhr

Monats-Versammlung

im „Waldschlößchen".
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. **Der Vorstand.**

Bürger-Schützen-Verein e. V.

Sonntag von 2 Uhr ab:

Ausnahme-Schießen

mit Kameraden aus Torgau.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht. **Der Vorstand.**

Oeffentl. Versammlung

am Freitag abend 8 Uhr im Bürgergarten.

Thema: Sozialpolitik u. Kommunalwahlen.

Die Einwohnerschaft wird hierdurch eingeladen.

K. P. D. Ortsgruppe Annaburg.

Werktätige Annaburgs, wir fordern Euch auf, **dem jetzigen Volksbegehren fern zubleiben.** Es ist gegen Euer Interesse.

D. O.

Verkaufsstelle von **Schladitz-Seifen**
Wehle, Feldstr. 3.

Neueste Ullstein-Bücher

Unterhaltungs-Lektüre am Lager.
Herm. Steinbeiß, Buchhandlg.

Der Herbst ist da...

und mit ihm die neuesten Mode-Schöpfungen

in Damen- und Kindermänteln

Ottoman — Ulsterstoffen — Panama-Flausch mit und ohne Pelzkragen
Astrachan — Tuch

Carl Quehl.

Holzwurm-Politur

Garantiertes Mittel gegen Holzwurm und zum Auffrischen von polierten sowie gestrichenen Möbeln aller Art. Per Fl. 1,35 Mk.
empfiehlt
Wilh. Kunze.

Zur Wäsche
empfehle:
Henkels, Tompsons und Gunlichts-Erzeugnisse,
sowie **Fein- u. Kernseifen**
erster Fabriken.
Arthur Hönemann
Markt 19.

Eisen-Metall-Holz-Betten
Stahlmatr., Kinderbetten, Schlafzim., Chaiselongues an Private, Ratenzahlung. Katalog 2229 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl, Thür.

Großes Tonwarenlager!

Tonröhren, 10—40 cm Durchmesser
Krippenschalen, alle Größen
Schweinetröge, alle Größen u. Formen
Ferkeltröge, alle Größen und Formen
Pökel-, Gurken- und Wasserfässer
empfiehlt
Wilhelm Kunze.

Feinsten aromatischen **Röstkaffee** sowie coffeinfreien Kaffee **„Hag"**
empfiehlt
Arthur Hönemann
Markt 19.

Nestle's **Kindermehl**
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Spielkarten
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Neu eingetroffen!

Herbst- und Winter-Waren
Damen- und Backfisch-Mäntel
Strickjacken, Pullover, Schlüpfer
Wollene Damenstrümpfe
auch mit Seide
Kinderstrümpfe in allen Größen
Jacken- und Strickwolle
zu billigsten Preisen.

Seb. Schimmeyer.

Jetzt heißt es zugreifen!

Die herbstlich kühlen Tage werden auch Sie veranlassen, an die Winter-Garderobe zu denken!

Sie finden bei Peschke:

Die besten Qualitäten
Die größte Auswahl
zu erstaunlich billigen Preisen!

Sehr elegante
Winter-Mäntel
Hochaparte
Seiden- und Wollkleider
Fesche Wiener Strickkleider
Reizende
Strickjacken und Pullover

Herren-Anzüge
in moderner Verarbeitung
1 und 2reihige Formen
Knaben-Anzüge
Herren-Gummi-Mäntel und Windjacken
Trikotagen und **Wollwaren**
in großer Auswahl

Ansichtskarten
empfiehlt **Herm. Steinbeiß,** Papierhandlg

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir auch im Namen unserer Eltern
allerherzlichsten Dank.

Richard Fuhrmann und Frau
Elisabeth geb. Müller

Annaburg, den 16. Oktober 1929.

Herzlichen Dank
für die lieben Glückwünsche zu unserer Vermählung, insbesondere dem Männer-Gesangverein.

Walter Dubro und Frau
Leni geb. Weinhold.

Zahna, im Oktober 1929.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0004

Lokales und Provinzielles.

Pretzsch, 14. Oktober. (Aufgeklärter Mord.) Wie erinnerlich, wurde im Herbst v. J. in Merschwitz das bei dem Landwirt Heede im Dienst stehende Mädchen Martha Karbitzki aus Patzschwig eines Morgens im Garten des H. an einem Baum erhängt aufgefunden. Da dem Mädchen am Abend vorher nichts anzumerken war, das auf Lebensüberdruß schließen konnte, auch halte es ihre Sonntagskleidung zum Umziehen bereitgelegt, stand man vor einem Rätsel. Die Untersuchung ergab jedoch, daß ein Mord nicht vorlag. Jetzt ist es gelungen, den Mörder des Mädchens zu fassen. Die Schwester der Ermordeten sagte am Donnerstag voriger Woche dem Knecht des Landwirts Heede, Alfred Bennemann aus Düben auf den Kopf zu: „Du bist der Mörder meiner Schwester!" Der Knecht wurde verlegen und erötete. Diese Wahrnehmung teilte das Mädchen einem Schmiedeberger Landjäger mit, der den Knecht vernahm und am selben Tage noch verhaftete. Bei der Vernehmung durch das Schmiedeberger Amtsgericht hat der Knecht den Mord eingestanden. Nach seiner Aussage hat er das Mädchen erwürgt und dann an einem Baum aufgehängt. Reue über seine gemeine Tat hat der Mörder bei der Vernehmung nicht gezeigt. Wie verlautet soll der Mörder, trotzdem er den Mord zugegeben, aus der Haft entlassen sein.

Belgern. Gestern mittag gegen 12 Uhr wurde dem landwirtschaftlichen Inspektor Klopfleisch aus Ammelgoßwitz, als er Besorgungen in der städtischen Sparkasse verrichtete, sein vor der Tür stehendes Fahrrad von unbekannten Tätern gestohlen.

Elsterwerda, 11. Oktober. Noch sind die Brandstiftungen nicht aufgeklärt, denen in den letzten Wochen etwa 8 Scheunen mit vielen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen in Elsterwerda und seiner nächsten Umgebung zum Opfer fielen, und schon wieder ist eine neue Brandstiftung zu verzeichnen. In den ersten Morgenstunden des Donnerstag stand plötzlich die Scheune des Müllers Jentzsch in Brand. Die bald eintreffende Feuerwehr konnte nichts retten, da das Gebäude bei ihrem Eintreffen bereits in hellen Flammen stand. Sämtliche Erntevorräte, zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden ein Raub der Flammen. Ein Glück war es, daß nicht in der Nähe der Scheune Wohnungen oder andere Gebäude standen; denn bei dem herrschenden Sturmwind ging von der Brandstelle ein starker Funkenregen über die ganze Umgebung. — Ebenfalls auf Brandstiftung zurückgeführt wird ein Feuer, das am Mittwochabend eine an der Straße nach Plessa stehende Strohfeime völlig vernichtete.

Lauchhammer, 11. Oktober. Der 50jährige in Torgau wohnhafte Bergarbeiter Br. wurde in der Brikettfabrik Lauchhammer in der Nachtschicht bei der Ausübung seines Berufes zwischen Wagenpuffer gedrückt und zog sich eine starke Quetschung der rechten Körperhälfte zu. Er wurde dem Krankenhause zugeführt. — Seinen Verletzungen erlegen ist der Pensionär G. Vetter von hier, der sich eine innere Salzsäureverbrennung zuzog. Seine Ueberführung nach dem Krankenhause und die sofort unternommenen Rettungsversuche gaben den Anschein einer Gefahrbeseitigung für den Kranken. Eine eintretende Schwäche und die ergebnislosen Nahrungsaufnahmen führten jetzt zum Tode des Schwerkranken.

Bitterfeld. (Zunahme der Arbeitslosigkeit.) Im Bezirk des Arbeitsamtes Bitterfeld setzte sich die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt fort. Das Baugewerbe, der Bergbau, das Metallgewerbe und die Chemische Industrie nahmen weitere Entlassungen vor. Auch in den übrigen Berufsgruppen war ein Zugang zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug 4990 gegenüber 4446.

Halle. (Ein Ueberschuß im Halleschen Haushalt). Der Magistrat konnte dem Haushaltausschuß die erfreuliche Mitteilung machen, daß das am 31. März abgeschlossene Wirtschaftsjahr mit einem Ueberschuß von 141 078 Mk. abschließt. Den Ausgaben von 44 084 112 Mk. stehen Einnahmen von 44 225 190 Mk. gegenüber. Es sind an Steuern größere Beträge eingegangen, als erwartet wurde; zum anderen hat Sparsamkeit die Ausgaben herabgemindert. Das Ergebnis ist um so erfreulicher, als der harte Winter außer großen Fürsorgekosten für die Schneeabfuhr eine Mehrausgabe von 433 000 Mark brachte.

Halle, 11. Oktober. (48 Personen fahren hart am Tod vorbei.) Infolge der Nachlässigkeit eines Schrankenwärters wäre beinahe ein schweres Unglück passiert. Allabendlich fuhr der Auto-Omnibus Halle—Gutenberg seinen Weg. Der vollbesetzte Omnibus fuhr durch die offene Schranke über die Schienen, als ein D-Zug heranbrauste. Der Bruchteil einer Sekunde bedeutete für den Omnibus die Rettung. Haarscharf hinter dem Kraftwagen fuhr der Zug durch. Der D-Zug war auf die kurze Entfernung nicht mehr zum Halten zu bringen. Erst als er die Kreuzung hinter sich hatte, gelang es ihm anzuhalten. Die Untersuchung ergab, daß der Schrankenwärter vergessen hatte, die Schranken zu schließen. Er wurde sofort abgelöst. Die entsetzten 48 Omnibusfahrgäste waren nicht mehr zu bewegen, den Wagen wieder zu besteigen.

Halberstadt. (Selbstmord einer Postverwalterin.) Die Verwalterin der Poststelle Athenstedt (Kreis Halberstadt), eine etwa 35jährige Lehrerswitwe Kleine, hat sich auf dem Boden ihres Hauses erhängt. Die Ursache des Selbstmordes ist in Unterschlagungen zu suchen, welche Frau Kleine zum Schaden der Post vorgenommen hat. Frau Kleine war als Stellvertreterin ihres Vaters tätig, der 40 Jahre lang die Poststelle verwaltete. Sie besitzt Vermögen, sodaß der Post keinerlei Schaden entsteht. Da sie kinderlos ist und ein bescheidenes Leben führte, nimmt man an, daß sie Erpressern in die Hände gefallen ist, die sie zu Veruntreuungen veranlaßten.

Ein nützliches Geschenk

von hohem moralischen Wert ist ein Sparkassenbuch! Es bereitet Freuden und erzieht zur Sparsamkeit. Denken Sie bei jeder Gelegenheit daran!

10

Girokasse der Gemeindesparkasse Annaburg

Suhl. Der Kreis Ziegenrück ist preußisch, liegt aber in thüringischem Gebiet. Nicht etwa als geschlossenes Ganzes, es zerfällt vielmehr noch in sechs verschiedene Teilchen, von denen zwei nicht einmal ein kleines Dorf beherbergen. Eine der Exklaven heißt Blintendorf und zählt 375 Einwohner. Von diesen freilich sind nur 147 Preußen und 228 Thüringer, da die Grenze mitten durch den Ort und damit auch mitten durch eines der 26 Gehöfte hindurchläuft. So hat der Weltort Blintendorf zwei Gemeindevertretungen, zwei Nachtwächter, zwei Landratsämter, zwei Finanzämter. Und will ein preußischer Blintendorfer zu seinem Landrat, dann muß er rund 50 Kilometer auf der Landstraße zurücklegen oder 120 Kilometer auf der Eisenbahn! Sämtliche Blintendorfer sind besonders eifrige Anhänger der Reichsreform. Und das ist schließlich begreiflich.

Sonneberg. Die Stadtverwaltung hat dem Stadtrat ein Ortsgesetz über die Einführung der Reklame- und Ankündigungssteuer zur Genehmigung vorgelegt. Die Steuer sieht ausschließlich eine Belastung der gesamten Sonneberger Geschäftswelt vor. Es sollen alle Firmenschilder, Plakate und sonstige Reklamen besteuert werden. Die Geschäftswelt nimmt bereit jetzt energisch gegen die Einführung dieses Gesetzes Stellung und droht im Falle der Durchführung des Gesetzes alle mit der Wegnahme der Firmenschilder und mit der Unterlassung jeder Reklame, die der Steuer unterfallen soll.

Nah und Fern.

○ **In der Notwehr erschossen.** Der Rittergutspächter Klein in Erbsen (Kreis Uslar) hat seinen 20jährigen Schweizer erschossen. Der Schweizer hatte in den Morgenstunden eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert und soll dann seinen Dienstherrn mit der Mistgabel bedroht haben, so daß dieser, wie berichtet wird, in der Notwehr zur Waffe gegriffen habe.

○ **Ehetragödie.** In Köln tötete ein 25jähriger Arbeiter, der von seiner Familie getrennt lebte, seine Frau und seinen dreijährigen Sohn durch Pistolenschüsse. Darauf brachte er sich selbst einen Kopfschuß bei, der ihn lebensgefährlich verletzte.

○ **Festnahme einer Falschmünzerbande.** Nach monatelanger Fahndungsarbeit gelang es der Kriminalpolizei von Biberach, in Birkendorf ein Falschmünzernest auszuheben. Die Falschmünzer, die Fünfzigpfennig-, Zweimark- und Fünfmarkstücke anfertigten und im ganzen württembergischen Oberlande in Umlauf setzten, konnten auf frischer Tat ertappt werden. Sie wurden verhaftet; das Herstellungswerkzeug wurde beschlagnahmt.

○ **Kirchenschändung durch Einbrecher.** In Neumarkt an der Rott ist in der Klosterkirche St. Veit der gläserne Sarg des heiligen Lucius erbrochen und ausgeraubt worden. Die Kirchenräuber haben die Verbindungsteile zwischen den Gebeinen der Reliquie entfernt und eine Krone, das Brustkreuz mit den Edelsteinen sowie kostbare Spitzen, die aus dem 16. Jahrhundert stammen, mitgenommen.

⊙ **Probeflug des englischen Luftschiffes „R. 101".** Das englische Luftschiff „R. 101" startete am Montag mittag zu seinem ersten Probeflug. An Bord befanden sich 38 Mann Besatzung und 14 Fahrgäste. Die Probefahrt sollte vier bis fünf Stunden dauern.

⊙ **Schwerer Unfall eines portugiesischen Generalkonsuls.** Der portugiesische Generalkonsul in Genua

Seine erste Frau

Roman von Max von Weissenthurn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[15

Im Nu war sie zur Verteidigung bereit:

„Nach Hause? Was kann das für ein Heim sein, in dem sie so unbeaufsichtigt sind, daß sie in Gefahr kommen, zu ertrinken? Nein, nein! Sie müssen mir die Kinder lassen. Sie können sie mir unbeschadet anvertrauen!"

Die flehende Bitte, die aus ihrer Stimme sprach, berührte den Doktor unendlich wehmütig.

„Sie werden doch nicht wollen, daß die armen Kinder sich erkälten?" sagte er.

„Nein, aber überzeugen Sie sich selbst, sie sind ganz warm verwahrt. Ich habe, während die alte Frau fort war, allerhand warme Hüllen aus ihrem Heim geholt und habe die Kinder, während ich ihre Kleider trocknete, ganz vorsichtig damit zugedeckt."

Und ihre Blicke ruhten wieder zärtlich auf den beiden hübschen Kindertöpfen, dem blonden und dem schwarzen, die eng aneinandergeschmiegt dalagen.

„Sie haben alles getan, was gut und liebevoll ist", sagte der Arzt ernst, „nun werden Sie auch noch das hinzufügen, was recht ist, und die Kinder ihren Eltern zurückgeben."

„Wer sind denn die Eltern, die ihre Kinder so gar nicht betreuen?" fragte sie in plötzlich erwachter Leidenschaft.

„Oh, daß jene Eltern ihre Kinder nicht betreuen, das dürfen Sie nicht behaupten", sagte der Doktor ernst. „Es war ein unglücklicher Zufall und die armen Leute irren nun verzweifelt umher und suchen nach den Kindern."

Ihre Züge nahmen bei diesen Worten einen weicheren Ausdruck an.

„Wer sind die Eltern?" wiederholte sie.

„Baron und Baronin Michael Thurner!" antwortete der Doktor.

Sie zuckte zusammen und starrte den Sprecher an.

„Baron Michael Thurner?" sprach sie ihm leise nach.

„Ja", sagte der Doktor kopfnickend. „Kennen Sie ihn?"

„Ob ich ihn kenne?" entgegnete sie. „Natürlich. Und seinen Sohn Michael auch."

Der Doktor war überrascht. Er hielt die Laterne höher und sah der Fremden neugierig ins Gesicht.

Da fiel der Lichtschein durch die Fensteröffnung und zog die Aufmerksamkeit Baron Michael Thurners auf sich, der draußen das Gestrüpp durchsuchte.

„Wer ist da drinnen?" fragte er laut.

Frau May zuckte zusammen und der Ausdruck unermeßlicher Freude verklärte plötzlich ihr Antlitz.

„Das ist Michael!" flüsterte sie mit heißer Stimme.

„Ja, Baron Michael Thurner!" stimmte der Arzt bei, indem er ihr forschender denn je in die Augen sah.

Sie trat rasch ein paar Schritte nach dem Ausgang zu; der Arzt aber hielt sie zurück, indem er ihr die Hand sanft auf den Arm legte.

„Wohin wollen Sie gehen?" fragte er.

Sie schien überrascht, faßte sich aber alsbald und erwiderte ruhig:

„Nun, ich will Michael entgegengehen! Er ist doch mein Gatte!"

Ein Ausruf des Befremdens trat auf die Lippen des Arztes; rasch aber beherrschte er sich und erwiderte ruhig:

„Natürlich, gewiß!"

* * *

Der Doktor befand sich in einem Zwiespalt, wie noch nie in seinem Leben. Die arme Frau May, deren sanfte, pathetische Trauer ihn tief rührte und interessierte, tat ihm unermeßlich leid; aber diese neue Phase ihrer Krankheit brachte ihn geradezu aus der Fassung und er wußte nicht, was dabei zu tun war.

Wenn Baron Michael Thurner den Turm betrat, und sie bei der Behauptung blieb, daß er ihr Gatte war, konnte es zu der peinlichsten Szene kommen. Die beiden Knaben würden möglicherweise darüber erwachen, und wenn dann Baron Michael, wie es ja gar nicht anders zu erwarten war, der unglücklichen Fremden erklären würde, daß er sie gar nicht kenne, was stand dann zu befürchten?

Während der Arzt noch mit sich zu Rate ging, schlug Baron Michaels Stimme abermals an sein Ohr.

„Wer ist da drinnen?!" rief er von draußen her. „Heraus mit der Sprache, wer immer es auch sein mag!"

Die Irre schlug die Hände zusammen und wollte auf die Fensteröffnung zustürzen. Doktor Schnee vertrat ihr den Weg.

„Still! Rufen Sie nicht! Sie wollen die Kinder nicht aufwecken!"

„Oh, ich vergaß", sprach sie gefügig, während ein glückliches Lächeln ihre Lippen umspielte, „ich will zu ihm gehen!"

Doch wieder hielt der Arzt sie zurück. Eine Szene zwischen den beiden in dem ehemaligen Schloßhofe war noch schlimmer als eine Szene im Turm selbst.

„Nein", sprach er wieder, das Vertrauen ausnützend, das sie offenbar zu ihm gefaßt hatte, „tun Sie das nicht, lassen Sie mich ihn erst vorbereiten!"

Das war ein kluger Einwurf, und sie entgegnete sofort:

„Ja, das ist besser; aber bitte, gehen Sie gleich zu ihm!"

Wieder hörte man die gebietende Stimme des Barons und schon bewegte sich eins der Kinder, durch das Geräusch gestört, im Schlafe. Es durfte keine Zeit verloren werden. Doktor Schnee eilte an die Fensteröffnung und schwenkte die Laterne hinaus.

„Es ist alles in bester Ordnung, Herr Baron!" rief er laut. „Wenn Sie nach dem Schloß zurückkehren, werde ich Ihnen die Kinder in zehn Minuten dahin bringen, Baron Michael!"

Erstaunt fragte der Baron zurück:

„Was sagen Sie da? Wo sind denn die Kinder?"

Der Doktor aber war verschwunden; Frau May hatte ihn plötzlich in die Mitte des Raumes gezogen und fragte ungeduldig:

„Warum nennen Sie ihn Baron Michael? Das ist ja doch sein Vater!"

„Das werde ich Ihnen später auseinandersetzen", erwiderte der Arzt, der ihr um keinen Preis Aufklärung geben wollte, bevor er sie in sicheren Gewahrsam hatte.

Sie aber fuhr fort:

„Warum reden Sie denn von den Kindern, als ob es die seinen wären? Wir hatten nur ein Kind, und der Tod desselben brach mir das Herz."

Der Doktor starrte sie an, als traue er seinen Sinnen nicht mehr, aber sie hatte sich abgewandt, offenbar in der Befürchtung, daß sie unter den Erinnerungen zusammenbrechen würde, die da so plötzlich in ihr wach geworden waren. Bevor er aber Miene machen konnte, ihre Frage zu beantworten, richtete Willy sich plötzlich in seinem improvisierten Bett auf und rief:

„Molly! Molly!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0005

wurde von einem Auto überfahren und ohnmächtig ins Krankenhaus gebracht. Die Ärzte stellten Schädelverletzungen und Rippenbrüche fest. Der Zustand des Konsuls, der sein Amt seit 1926 versieht, wird als lebensgefährlich bezeichnet.

Bunte Tageschronik

Dresden. Einbrecher erbeuteten in den Lagerräumen einer Firma in der inneren Stadt für etwa 100 000 Mark Seidenstoffe.

München. Die von dem Verteidiger des verhafteten Goldmachers Franz Tausend eingeleitete Haftbeschwerde wurde vom bayerischen Obersten Landesgericht verworfen.

Düsseldorf. Das junge Mädchen, das auf einem Feldweg mit schweren Schädelverletzungen aufgefunden wurde, und das wahrscheinlich das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechers geworden ist, ist seinen Verletzungen erlegen. Es handelt sich um eine Hausangestellte namens Elisabeth Dörrier.

„R. 101" über London.

London. Das Luftschiff „R. 101" überflog bei seiner heutigen Probefahrt London und umkreiste die St. Pauls-Kathedrale. Es wurde von der Menge jubelnd begrüßt.

Haltlose Spionagebeschuldigungen gegen einen Reichsdeutschen.

Prag. Der reichsdeutsche Staatsangehörige Gröschel, der von den tschechoslowakischen Behörden wegen Spionageverdachts verhaftet wurde, weil er das Schlachtfeld Friedrichs des Großen bei Kolin in Böhmen photographiert hatte, und der sich bereits seit elf Wochen im Kuttenberger Gefängnis in Untersuchungshaft befindet, ist bisher noch nicht enthaftet worden. Wie jedoch verlautet, steht seine Enthaftung unmittelbar bevor, da sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als haltlos erwiesen haben.

Zusammenstöße in Lodz.

Warschau. Wie der „Rote Kurier" aus Lodz meldet, kam es dort zu Kundgebungen der katholischen Bevölkerung vor dem dortigen Versammlungslokal der Freidenker, die neuerdings in Lodz eine starke Propaganda entfalten. Ein Polizeiriegel schützte das Lokal vor der Menge, die eine erregte Haltung annahm und zweimal versuchte, den Polizeikordon zu durchbrechen. Der Polizei ist es jedoch gelungen, die Angriffe abzuschlagen und hierdurch größere Ausschreitungen zu vermeiden. Über zehn Personen sind verhaftet worden.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Güterzug.

Tongern (Belgien). In der nahe gelegenen Ortschaft Berg stießen bei dichtem Nebel eine Straßenbahn und ein Güterzug zusammen. Die Insassen sprangen unter Schreckensrufen aus dem Wagen. Eine Anzahl von ihnen erlitt Verletzungen, vier Personen sind schwer verletzt.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Eine deutsche Entschädigungsklage vor einem schweizerischen Gericht.** Das Obergericht des Kantons Bern sprach den drei minderjährigen Kindern (Mädchen im Alter von 9 und 13 Jahren) eines Ehepaares Wertheim aus Berlin, das beim Eisenbahnunglück von Bellinzona (bei welchem u. a. auch der frühere Staatssekretär Dr. Helfferich getötet wurde) ums Leben gekommen war, eine jährliche Rente von je 5000 schweizerischen Franken bis zum 24. Lebensjahre und überdies jedem Kinde eine Summe von 20 000 schweizerischen Franken als Entschädigung zu. Den Kindern wurde ferner als Erbe ihrer Großmutter, die inzwischen gestorben ist, eine Summe von 10 000 schweizerischen Franken zugesprochen. Endlich sollen auch noch 10 000 schweizerische Franken für verlorengegangene Reiseeffekten vergütet werden. Da der Vater der Kinder kein festes Einkommen hatte und überdies keine Bücher führte, mußte sein Einkommen in einem langwierigen Verfahren durch Sachverständige festgesetzt werden. Die Forderung des Rechtsvertreters der Kinder belief sich auf mehrere hunderttausend schweizerische Franken.

§ **Die Revision des zum Tode verurteilten Arztes Dr. Richter vom Reichsgericht verworfen.** Der Erste Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des Arztes Dr. Richter aus Bingen, der im Juni d. J. vom Schwurgericht in Bonn wegen Ermordung seiner Geliebten zum Tode verurteilt wurde, verworfen. Das Todesurteil ist somit rechtskräftig geworden.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Nu, Menschenskind, nu sag' mal bloß,
Was ist mit diesen Sklareks los?
Was man so täglich liest davon,
Das ist schon fast ein Lexikon.

Die Sklareks: Leo, Willi, Max,
Die sagten sich mal eines Tags:
„Na, Jungeken, wat kost't Berlin?",
Indem es ihnen käuflich schien.

Berlin hat nie sich nicht gelumpt
Und hat den Sklareks was gepumpt,
Die Sklareks doch, mit etwas Schmu,
Die nahmen sich noch was dazu.

Herr Lehmann — siehste woll, da schaust! —
Hat ohne Pause durchgepaust,
Worauf man das beglichen hat . . .
Und ruhig schlief der Magistrat.

Na ja, Berlin, das hatte Pech,
Und zehn Millönchen, die sind wech —
Versteh'n Sie, Mensch? Rund zehn Million'!
Ich wollt', ich hätte eine schon!

Und aus dem großen Kleiderschrank
Bei Sklareks kriegten durch die Bank
Gar viele viel für wenig Moos,
Und dies war ihnen Jack' wie Hos'.

Und darum sieht man manchen Mann
Sich jetzt ein bißchen näher an:
„Mensch, deine Weste ist nicht rein,
Die muß bestimmt von Sklarek sein!"

Durch Sklareks: Leo, Willi, Max,
Kriegt manches Renommee 'nen Kratzer,
Und mancher — siehste, wie du bist —
Ahnt, daß noch mehr im Anzug ist.

Und hiermit schließ' ich die Ballad'
Und hüll' den Fluch der bösen Tat
Rasch in der Liebe Mantel ein —
Nur darf er nicht von Sklarek sein!

„Rezepte" und „Mahnzettel" für die Ackerdüngung.

Von der Dresdener Herbsttagung der D. L. G.

Das Ereignis des ersten Tages der öffentlichen Verhandlungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft war der Vortrag des Regierungsrats Dr. Eichinger-Pförten N.-L. über „Nutzbarmachung der Ergebnisse von Düngungsversuchen für die breite Praxis". Es wird allgemein anerkannt, daß die Schwierigkeiten, sich durch die hochkomplizierte Düngungswissenschaft hindurchzufinden, für den kleinen Landwirt nachgerade unüberwindlich geworden sind. Schon die zahlreichen Stickstoffsorten, die auf dem Markt sind, ihrem Namen und ihrer Verwendungsart nach zu unterscheiden, erfordert eine besondere Gelehrsamkeit.

Die Losung muß also lauten: Vereinfachung! So verpönt es in einer Zeit ist, wo man die Behandlung jedes einzelnen Ackers auf Grund von Boden- und Klimauntersuchungen ganz als Wesen für sich, als Ideal ansieht, so unumgänglich ist es dennoch geworden.

allgemeingültige „Rezepte"

für die Verwendung des künstlichen Düngers aufzustellen. Aus den in der Niederlausitz gemachten Erfahrungen heraus konnte der Vortragende den Nachweis liefern, daß die Aufstellung von solchen mit einem hohen Grad von Brauchbarkeit gültigen Rezepten für eine ganze Gegend sehr wohl möglich ist. Als Beispiel gab er ein solches „Universalrezept" für die Düngung der Kartoffeln, durch welches eine Steigerung des Ertrages und des Stärkegehalts und gleichzeitig eine Bekämpfung des Schorfes erreicht wird.

Der Vortragende machte ferner den von der Versammlung mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vorschlag, denjenigen Landwirten, deren Ackerwirtschaft rückständig ist, von den Leitern der Versuchsringe

Mahnzettel

auf ihre Felder stecken zu lassen etwa des Inhalts: „Sie müssen sich eine andere Kartoffelsorte anschaffen. Ihre taugt nichts!", oder: „Ihrem Acker fehlt der Kalk!" usw. Sehr verbessert werden muß die Kenntnis von der Wirkung des Stallmistes. Die wenigsten Landwirte wissen, daß auf reinem Sand durch zu große Stallmistgaben ein Ertragsrückgang verschuldet werden kann. Alle Düngemittel sind übrigens in ihrer jeweiligen Wirkung sehr von der Witterung des Jahres abhängig.

Unter stürmischer Zustimmung der ganzen Versammlung wurde die Frage, ob es denn bei der Unrentabilität der deutschen Ackerwirtschaft überhaupt noch lohne, die Düngungsfragen so ernst zu nehmen, dahin beantwortet: „Die Überproduktion unserer gewöhnlichen Ackererzeugnisse ist nur scheinbar. Sie wird nicht mehr vorhanden sein, wenn das deutsche Volk sich einmal wieder entschließt, von seiner eigenen Erzeugung zu leben, wenn

die deutschen Hausfrauen

nicht mehr gedankenlos alles kaufen, was ihnen das Ausland aufschwätzt, und wenn die größte deutsche Stadt, Berlin, sich daran erinnert, daß sie auf märkischem Sand aufgebaut ist und daß die Hauptfrüchte dieses Sandes Kartoffeln und Roggen sind."

Vermischtes

= **Der Mann ohne Gesicht.** Vor dem Schwurgericht in Beauvais (Frankreich) stand unter der Anklage, einen Doppelmord begangen zu haben, ein Mann, dessen Anblick alle, die der Verhandlung beiwohnten, mit Grauen erfüllte. Ohne Kinn, ohne Mund, ohne Zunge und ohne Nase, so stand er vor seinen Richtern. Das fehlende Gesicht vertrat ein kunstvoller Verband, der mit einem Gummischlauch versehen war. Durch den Gummischlauch wurde dem Manne Nahrung eingeflößt, etwas Milch und etwas Eigelb — mehr und andere Nahrung kann dem Gesichtslosen nicht zugeführt werden und er fristet auf diese Weise sein Leben schon seit Monaten und soll es auf die gleiche Weise im Zuchthause weiterfristen, denn die Geschworenen haben ihn zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Mann heißt Crépien, ist 38 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern. Er war Landwirt und allgemein geachtet, so daß ihn seine Landsleute wiederholt zum Gemeinderat wählten. Er war kein Trinker und kein Spieler, aber er galt als händelsüchtig und jähzornig. Dieser Mann nun knüpfte eines Tages mit einer verheirateten Bahnwärterin, einer Mutter von fünf Kindern, ein Liebesverhältnis an. Die Dorfkokette hielt es aber noch mit anderen Männern, und als Crépin erkennen mußte, daß er in einem Chausseewärter einen begünstigten Nebenbuhler hatte, nahm er sein Gewehr von der Wand und schoß; beide hat er niedergeschossen, die Geliebte und den Chausseewärter. Mit einer dritten Kugel wollte er sich selbst erschießen, aber das gelang ihm nur unvollkommen: nur das Gesicht hat er sich weggeschossen, und die „Kunst der Ärzte" hat ihm am Leben erhalten.

w. **Die Vorbereitungen zu den Oberammergauer Passionsspielen.** Im bayerischen Passionsdorf Oberammergau fanden die mit Spannung erwarteten Wahlen zu den nächstjährigen Passionsspielen statt. Dem Wahlakt voraus ging ein feierliches Hochamt in der Pfarrkirche, an dem sämtliche Mitglieder des Gemeinderates und des Wahlkomitees teilnahmen. Die Wahl begann um 10 Uhr im Rathaus. Als Christus wurde der Bildhauer Alois Lang, als Sprecher des Prologs der bisherige Christusdarsteller Anton Lang, als Pilatus der Bildhauer Peter Rendl, als Judas Guido Mayr, der den Judas auch bei den letzten Passionsspielen dargestellt hat, gewählt. Für die Rolle der Maria wurde Anni Rutz gewählt. Insgesamt sind 107 Sprechrollen zu besetzen. Die Oberammergauer Passionsspiele finden zur Erinnerung an die Pest von 1634 jedes zehnte Jahr an allen Sonntagen im Sommer statt.

Seine erste Frau

Roman von Max von Weissenthurn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[16

Die Fremde wandte sich sofort dem Kinde zu, sank vor demselben in die Knie und drückte das Haupt des schläfrigen Knaben an sich. Die Wandlung, die mit ihrer Stimme vorging, während sie zu dem Kinde sprach, war unendlich rührend.

„Ich weiß nicht, wo Molly ist", redete sie ihm zu, „aber du brauchst dich nicht zu fürchten, mein Liebling, ich will dich schon unter meine Obhut nehmen!"

Der Knabe blickte ihr ins Gesicht, dann lachte er völlig beruhigt.

„Ach, du bist hier! Das ist noch besser als Molly! Aber wer ist denn noch da?"

„Ich bin es, Onkel Doktor! Mich kennst du doch, kleiner Mann!" sagte Schnee, indem er die Laterne höher hielt.

Inzwischen hatte auch der kleinere Knabe die Augen geöffnet und begann zu weinen. Die Irre nahm ihn alsbald in ihre Arme, liebkoste ihn und begann beiden Kindern begreiflich zu machen, daß sie in völliger Sicherheit waren und daß ihnen nichts zustoßen konnte.

Der Arzt betrachtete mit tiefer Rührung die kleine Gruppe und wußte nicht recht, was er tun sollte; die Knaben aber schmiegten sich beide an ihre Beschützerin und begannen von den jüngsten Ereignissen zu sprechen.

„Ich werde nie mehr auf der großen Wiese spielen", sagte Willy mit aufrichtiger Reue. „Nicht wahr, du sagst der Mama, daß ich sicherlich nie mehr durch die Hecke krieche und auch nie mehr zugebe, daß Robert es tut?"

„Ja, ja, ich werde es sagen!" lautete die beschwichtigende Erwiderung; der Knabe fuhr fort:

„Und ich werde auch Robert nie mehr ins Wasser fallen lassen. Wir bauten Boote mit kleinen Stäbchen. Er ist so klein, daß er sich nicht auf den Füßen halten konnte. Da fiel er ins Wasser und wir schrien. Ich tat es eigentlich nicht, weil ich meinetwegen Angst hatte, sondern ich tat es nur wegen Robert, weil er so klein ist!"

Der Arzt war es, der die Kinder endlich aus der Welt der Träume in die Wirklichkeit zurückversetzte.

„Kommt", sagte er freundlich, „ihr wißt ja, daß Kinder um diese Stunde ins Bett gehören. Papa, Mama, Fräulein Harcourt und die Dienerschaft, sie alle suchen euch, und wir müssen schnell nach dem Schloß zurück. Wo sind denn eure Kleider?"

„Ihre Kleider waren ganz naß", erklärte Frau May, „ich hängte sie daher zum Trocknen auf und nahm diese Tücher, um die Kleinen einzuhüllen."

„Nun, wie dem auch sei, wir müssen uns beeilen", meinte der Arzt, und Willy, der anfing zu begreifen, daß er von der neugewonnenen Freundin getrennt werden sollte, erklärte lebhaft:

„Onkel Doktor, du solltest den Papa lieber hierherbringen; wir wollen nicht fort, oder wennschon, dann soll sie mit uns gehen. Sie ist viel netter als Fräulein Harcourt, netter als Molly und alle übrigen, mit Ausnahme von Papa."

Robert nickte, als ob ihm daran gelegen sei, dem Doktor begreiflich zu machen, daß er die Ansicht seines Bruders teile.

Der Arzt fühlte sich peinlich berührt. Mußte doch eine Begegnung des Barons Michael mit der Irren, die sich für seine Frau hielt, um jeden Preis verhindert werden.

„Wir dürfen in erster Linie nicht vergessen, daß Papa seine Jungen wieder haben will!" sagte er ernsthaft.

„Dann gehe du mit uns!" bat Willy, sich an Frau May wendend, „Papa soll Fräulein Harcourt wegschicken, wir wollen dich dafür haben!"

Die Bestürzung, die sich bei den Worten des Knaben in den Zügen des Arztes malte, veranlaßte die Fremde, zu lächeln.

„Nein, mein Kind", sagte sie kopfschüttelnd, „ich kann nicht bei dir bleiben, aber ich werde dich erst nach Hause bringen und du sollst mich ganz bestimmt wiedersehen!"

Der Doktor sah ein, daß er jetzt entscheiden mußte.

„Nein", warf er ein, „ich werde die Kinder allein hinbringen. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Eltern in großer Aufregung gewesen sind. Wir wollen ihnen doch nicht gleich eine zweite Aufregung bereiten."

Frau May sah ihn befremdet an und richtete sich langsam aus ihrer knienden Stellung empor.

„Ich weiß nicht, was das damit zu tun haben kann, wenn ich die Kinder mit zurückbringe", entgegnete sie unsicher, „sie mögen in dem Schloß zu Hause sein, weshalb aber sollte mich das hindern, meinen Gatten zu sehen?"

Der Arzt überlegte.

Wieviel konnte und durfte er ihr sagen? Wie konnte er sie von ihrem Wahnwitz ablenken? Offenbar wollte sie nicht glauben, daß dies Baron Michaels Kinder waren und daß er, den sie für ihren Gatten hielt, mit einer anderen vermählt war.

Es gelang ihm, Frau May zu überzeugen, daß es vorläufig das beste war, wenn er allein die Kinder zu ihren Eltern zurückbrächte. Morgen, wenn die erste Erregung sich gelegt hatte, dann würde er Baron Michael auf das Kommen Frau Mays vorbereiten.

Frau May war einverstanden und schnell wurden die Knaben angekleidet. Dann gingen beide, jedes eins der Kinder auf dem Arm, auf das Doktorhaus zu.

Man trat ein und kam in das behaglich erwärmte Wohnzimmer.

Der Doktor wies Johann — Chauffeur, Gärtner und Diener in einer Person — an, sich schnell fertigzumachen, weil er ihn ins Schloß begleiten mußte. Seine Töchter hatte er durch ein paar schnelle Worte verständigt und sie gebeten, auf ihren Zimmern zu bleiben.

Es dauerte einige Augenblicke, bis Johann zurückkam. Während dieser ganzen Zeit sah Frau May sich mit merklicher Unruhe in dem Raume um, als ob das Zimmer irgendwelche Bilder der Vergangenheit in ihr wachrief.

Bei Johanns Eintritt nahm der Arzt ihr den kleinen Robert aus den Armen. Während Willy, Abschied nehmend, die Arme um ihren Nacken schlang, flüsterte er ihr zärtlich zu:

„Ich werde Papa bitten, daß du zu uns kommen darfst! Er ist immer gut, ganz anders als Mama, die es nur manchmal ist!"

„Komm jetzt, Willy!" sagte der Arzt, und fügte dann, zu der Fremden gewandt, hinzu:

„Ich kehre in einer halben Stunde zurück. Wollen Sie sich inzwischen zur Ruhe begeben oder warten, bis ich wieder da bin?"

Sie sah ihn mit ernsten Augen groß an.

„Natürlich warte ich Ihre Rückkehr ab", antwortete sie. „Haben Sie mir doch gesagt, daß Sie die Zusammenkunft zwischen mir und meinem Gatten vorbereiten wollen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 124. **Donnerstag, den 17. Oktober 1929.** **32. Jahrg.**

Hindenburg und der Young-Plan

Reichspräsident und Volksbegehren.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Der Reichspräsident hat soeben an den Reichskanzler das nachstehende Schreiben gelangen lassen:

„Der Reichspräsident. Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Mit steigendem Befremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampfe um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Plans in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Plans festgelegt hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anlaß dazu gegeben hätte, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekanntzugeben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir meine endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem diese hochbedeutsame Frage zur Erledigung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verkündung oder eine Aussetzung der Verkündung verfassungsmäßig zustande gekommener Gesetzesbeschlüsse an mich herantritt. Und hieran halte ich nach wie vor fest.

Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Vorstehende den am Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener

Unterschrift: von Hindenburg."

Amtlich wird der Veröffentlichung dieses Schreibens hinzugefügt: Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren", die Person des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsche nunmehr dem Meinungsstreit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.

Die Bestimmungen der Reichsverfassung.

Die in dem Schreiben des Reichspräsidenten erwähnten Artikel der Reichsverfassung beschäftigen sich mit der Inkraftsetzung von Gesetzen.

Artikel 70 besagt:

Der Reichspräsident hat die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

Artikel 72 bestimmt:

Die Verkündung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat für dringlich erklären, kann der Reichspräsident ungeachtet dieses Verlangens verkünden.

In Artikel 73 heißt es:

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter[illegible]stag zu unterbreit[illegible] der begehrte [illegible] nommen wo[illegible]

Über den [illegible] folgendungsordnung [illegible] Volksentscheid ver[illegible]

Der Kampf um den Young-Plan.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, hat einen Aufruf an die Mitglieder und Wähler der Deutschnationalen Volkspartei erlassen, in dem er die Kundgebungen der Reichsregierung zum Volksbegehren kritisiert und zur Einzeichnung in die Listen für das Begehren auffordert. Dr. Hugenberg sagt in seinem Aufruf: „Deutschland soll die Unterschrift unter einen neuen Vertrag geben, von dessen Unerfüllbarkeit und Untragbarkeit jeder Deutsche überzeugt ist. Eine solche Unterschrift ist nicht nur unehrlich, sondern auch töricht und gefährlich, weil sie Deutschland neuen Sanktionen aussetzt. Das deutsche Volksbegehren soll den Tributplan verhindern und das deutsche Volk vor seinen Gefahren bewahren. Geht mit dem Mut der Überzeugung und mit dem Vertrauen auf eine gerechte Sache in den Kampf! Wer in den nächsten Wochen versagt, macht sich mitschuldig an der weiteren Versklavung seines Volkes und kann vor den kommenden Geschlechtern nicht bestehen."

Der Vorsitzende der Pommerschen Kriegervereine erläßt eine Veröffentlichung, die besagt, der Kyffhäuserbund und die Kriegervereine setzten den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge mit allem Nachdruck fort. Kein Angehöriger der Kriegervereine dürfe fehlen, wenn es heiße, sich in die Liste für das Volksbegehren in der Zeit vom 16. bis 29. Oktober einzutragen.

Der angekündigte Aufruf gegen das Volksbegehren ist nunmehr herausgekommen. Er stellt sich zwar nicht als eine direkte Kundgebung der Reichsregierung dar, doch ist er von sämtlichen Reichsministern, dem preußischen Ministerpräsidenten und zahlreichen leitenden Regierungsspitzen unterzeichnet. Aus der langen Liste seien u. a. genannt Reichsbankpräsident Dr. Schacht, die Oberbürgermeister von Frankfurt a. d. O., Dresden, Essen, Köln, Dr. Drews, Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, die Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen und des Deutschen Beamtenbundes, D. Dr. von Harnack, Gerhart Hauptmann, D. Dr. Kahl, der bekannte volksparteiliche Führer und Abgeordnete, Adolf Damaschke sowie zahlreiche andere im politischen und wissenschaftlichen Leben stehende Persönlichkeiten.

Der Wortlaut des Aufrufs beschäftigt sich zunächst mit dem seit zehn Jahren dauernden Kampfe des deutschen Volkes gegen die Lasten des Vertrages von Versailles. Der Zeit der Gewaltanwendung sei jetzt diejenige der Unterhandlungen und der Verständigung gefolgt. Nur auf diesem Wege könne das Ziel der Befreiung Deutschlands erreicht werden. Die Befreiung des Rheinlandes sei im Gange, die Reparationen würden herabgesetzt. Auch die Besprechungen über das Saargebiet g[illegible] begehren foll[illegible] deraertiger P[illegible] Politik. Kei[illegible] Vorhaben fe[illegible] offenkundige[illegible] jetzt zwischen[illegible] das Volksbegehre[illegible] Versklavung des[illegible]

Der Vo[illegible] Dr. Ludwig[illegible] vorstandscha[illegible] Fritz Scheffer, [illegible] der die beid[illegible] nisvollen Sa[illegible] Volkes im[illegible] des deutsche[illegible] Parteiagita[illegible]

Der F[illegible] Bertram[illegible] Namen der[illegible] Volksbegeh[illegible] Bemühungen[illegible] gung mit [illegible] voller Weis[illegible] um den R[illegible] Da es sich [illegible] sondern um [illegible] Klerus an beinigegeben, in außerkirchlicher Weise dahin zu wirken, daß die Diözesanen diesem Volksbegehren fernbleiben.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er darum bittet, seine Person aus dem Kampfe um den Young-Plan auszuschalten.
* Der Preußische Landtag beschäftigte sich mit dem Verbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen, wobei es zu stürmischen Szenen kam.
* Das Steigen der Arbeitslosigkeit hat sich in der letzten Berichtswoche leicht verstärkt.
* Auf seiner Balkanfahrt ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" in Belgrad, Sofia und Bukarest herzlich begrüßt worden.

Schleppende Verhandlungen.

Da hat man im Jahre 1924, als die Verhältnisse weit, weit schwieriger lagen, denn doch an der Schaffung und Beschlußfassung des Dawes-Plans beträchtlich schneller gearbeitet, als das jetzt mit dem Young-Plan geschieht! Die unter schwersten Kämpfen mühsam sich hinschleppende Konferenz vom Haag, wo man wochenlang zusammenfaß, hat auch eine Reihe von Kommissionen mit der Bearbeitung bestimmter Probleme, mit der Organisation bestimmter Einrichtungen betraut, deren Erledigung im Young-Plan vorgesehen ist und die nun bis zu einer baldigst stattfindenden Schlußkonferenz fertiggestellt werden sollten. Nun sind seit der Haager Konferenz schon wieder viele Wochen vergangen, die sechs Kommissionen in Baden-Baden, Paris, Berlin arbeiten und „arbeiten" —, aber man weiß nicht, wann sie mit dieser Arbeit fertig werden. Etwas flotter geht es vielleicht gerade bei jener Kommission, die in Baden-Baden mit dem schwierigsten Problem beschäftigt ist, mit dem der Internationalen Bank. Es mag daran liegen, daß hier nur Wirtschaftler und Finanzleute beraten, die rasches, straffes, zielbewußtes Konferenzarbeiten gewöhnt sind und ohne viele Umwege vorwärtskommen —, bei den andern sprechen allzu viele politische Gegensätzlichkeiten mit. Da hat nun der belgische Ministerpräsident Jaspar, angeblich auf deutsche, von Frankreich unterstützte Anregung hin, als Vorsitzender der Haager Konferenz den Kommissionen sagen lassen, sie möchten gefälligst ihre Arbeiten derart beschleunigen, daß sie bis zum 24. Oktober damit fertig sind, damit dann endlich die Schlußkonferenz stattfinden kann. Ob Jaspar mit dieser Mahnung allerdings Gehör finden wird, ist eine zweite Frage, die höchstwahrscheinlich mit Nein beantwortet werden muß. In Paris jedenfalls scheint man damit zu rechnen, daß noch ein weiterer Monat ins Land geht, bis die Kommissionen zu einhelligen Beschlüssen gekommen sind und der Schlußpunkt gemacht werden kann — wenigstens im Haag.

Denn dann spielt sich ja erst der eigentliche Schlußakt, besser gesagt die Reihe der Schlußakte, ab, nämlich der Kampf um die Ratifikation des Planes in den Parlamenten der einzelnen an ihm beteiligten Länder. Man weiß ja hinsichtlich ganz besonders wichtiger Punkte des Young-Planes noch heute nicht genau, wie sie aussehen werden, weil sie eben noch tief in der Kommissionsbearbeitung stecken und dort — die Herren nicht sehr redselig sind. Und es sind nicht bloß mit die wichtigsten, sondern auch recht kitzlige Fragen. So die besonders umstrittene der Liquidationen deutschen Eigentums im Ausland, namentlich in England und in Polen. Ähnliche Differenzen schweben zwischen Österreich, Ungarn, bzw. Bulgarien und den entsprechenden „Nachfolge"staaten Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Rumänien auf der anderen Seite. Auch in der Kommission, die die Frage der Sachlieferungen neuzuregeln hat, scheint man schwer vorwärtszukommen. Besser geht's in Berlin, wo allerdings auch die nur deutsche Verhältnisse berührenden Abänderungen der bisherigen Reichsbahn- und der Reichsbankgesetze behandelt werden. In Baden-Baden aber scheint man sogar ziemlich fertig zu sein mit der Schaffung des Statuts für die Internationale Bank, bloß über den Sitz ist man sich noch nicht einig.

Ministerpräsident Jaspar wird also wohl nicht viel Glück haben und die Pessimisten, die als Termin für die Haager Schlußkonferenz frühestens den Anfang Dezember angaben, werden sich kaum irren. Dann wird wohl auch erst im Januar der Entscheidungskampf im Deutschen Reichstag ausgefochten werden, weil ja auch erst wieder nach jener Haager Schlußkonferenz die entsprechenden Gesetze geschaffen werden müssen, die der Durchführung des Young-Planes dienen — wenn er in Deutschland wirklich alle Klippen umschifft.

Der französ. Ministerrat zu den Young-Verhandlungen.

Die Einladung zur Seeabrüstungskonferenz angenommen.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik fand in Paris ein Ministerrat statt. Außenminister Briand hat über die Seeabrüstungskonferenz gesprochen, die im Januar in London zusammentreten soll. Der Ministerrat beschloß, die Einladung zur Teilnahme anzunehmen. Der Ministerrat hat sich alsdann mit dem Wiederbeginn der parlamentarischen Session beschäftigt. Was die Interpellationen über die allgemeine Politik über den Young-Plan und über die Abkommen vom Haag anbetrifft, wird die Regierung den Antrag stellen, die Beratung bis zu der Debatte zu vertagen, die Anfang November über die Ratifizierung dieser Abkommen beginnen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719291017-13/fragment/page=0007